

15 Jahre nach dem Fall der Mauer

Hildegard Maria Nickel

Die Diskussion über die deutsche Einheit und den Aufbau Ost hat sich nicht nur überraschend belebt, wie der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2004 feststellt, sondern sie hat sich bisweilen geradezu eruptiv entladen. Der Ton ist scharf und die Positionen drohen zu verhärten. Hat der Transfer in den Osten 1,5 Billionen Euro verschlungen oder sind es doch nur 250 Milliarden? Soll der Aufbau Ost fortgeschrieben werden oder ist eine radikale Kurskorrektur angesagt, die sich auf „Leuchttürme“ beschränkt? Wer soll wie viel für die deutsche Einheit zahlen? Und warum kann das „Jammertal Ost“ die „Explosion“ seines Wohlstandes nicht endlich gebührend würdigen, statt auf Montags-Demos zu gehen oder gar rechtsradikal zu wählen? Ja, wie viel Ungleichheit muss wie lange bleiben, da es doch nicht um Gleichheit im vereinigten Deutschland, sondern lediglich um Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen geht?

Woher speist sich diese Ungeduld über die offenbar zu verhaltene ostdeutsche Entwicklungsdynamik? Erstens ist die deutsche Vereinigung vornehmlich als sozialpolitisch kanalisierter Prozess organisiert worden, und zwar von der westdeutschen Gesellschaft, deren Sozialstaat zum Zeitpunkt 1989/90 schon deutlich erodierte. Zweitens stagniert die Wirtschaftsaktivität der Bundesrepublik spätestens seit dem Zusammenbruch der New Economy und der Rezession 2000/2001. Die Grundkonstellation – lebhafter Export und schwache Inlandsnachfrage – prägte schon die zweite Hälfte der 90er Jahre. Die politische Ökonomie der Unsicherheit – Agenda 2010, Hartz I bis IV sowie ihre Vorläuferprogramme – läuft darauf hinaus, durch Kürzungen die Systeme sozialer Sicherung an das Niveau der Unterbeschäftigung in der Bundesrepublik anzupassen. Der Aufbau Ost hatte aber von Beginn an nur dann eine Chance, wenn die wirtschaftliche Stagnation in den alten Bundesländern überwunden wird. Denn im Kern haben wir es mit zwei Transformationsprozessen in wechselseitiger Verflechtung und Dynamik zu tun: Die Inkorporation der DDR/Neuen Bundesländer in die alte Bundesrepublik ist in den schon lange vor der Vereinigung einsetzenden gesellschaftlichen Strukturwandel und sozialpolitischen Rückbau der Bundesrepublik eingelagert. Reales Aufholen im Osten verlangt eine ökonomisch-soziale Kursänderung der Politik für die Bundesrepublik insgesamt in Richtung einer makroökonomischen Finanz-, Verteilungs- und Strukturpolitik, die den Binnenmarkt stärkt und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen fördert.

Drittens ist zu fragen, ob es bei den aufgeheizten Debatten über die deutsche Einheit und den Aufbau Ost tatsächlich in erster Linie um ein Ost-West-Problem geht, oder ob diese Debatte nicht vielmehr als Metapher für einen neoliberalen gesellschaftspolitischen Diskurs dient, der den radikalen Umbau der sozialstaatlich konstituierten Bundesrepublik vorantreiben will. Auf den Punkt gebracht, lautet die jüngste Kanzler-Botschaft: „Wir müssen die Abzocker-Menta-

lität brechen“. Und: „Das betrifft nicht nur die Sozialhilfeempfänger, sondern auch Mittelschichten“. Das zielt auf die soziale Sicherheit und Risikoabfederung im Kern der Gesellschaft. Soziale Verwundbarkeit und prekäres Auskommen werden nicht mehr nur langzeitarbeitslosen Osis als alltägliche Erfahrung zugemutet, sondern sie werden, zumindest als gefühlte Unsicherheit, zu einer Bedrohung für die bundesdeutsche Mitte, die sich – nicht zuletzt durch die Debatten um die Kosten der deutschen Einheit – in ihrer sozialen Verankerung gefährdet sieht. Im Zuge der Durchsetzung der Sozialreformen wird mit aller Heftigkeit und in hoher Geschwindigkeit nachgeholt, was – so die politische Klasse in großer Einstimmigkeit – auch im Westen versäumt worden sei: Die Diskussion darüber, was der Einzelne und was die Solidargemeinschaft zu leisten habe. Das Ergebnis der Diskussion scheint allerdings bereits unverrückbar festzustehen – weniger Solidargemeinschaft, mehr Ich-AGs. Schleichend greift dabei ein Prozess der sozialen Exklusion, der jede und jeden erfassen kann. Der Ausschluss am Arbeitsmarkt bedroht zunehmend die „arbeitnehmerische Mitte“ im Westen. Der damit einhergehende Ausschluss von einem Mindestmaß an Wohlstand ist für viele junge Familien in den alten Bundesländern längst schon bittere Realität. Unsicherheit, Angst und mangelnde Zukunftsperspektiven bilden weder im Osten noch im Westen ein gutes Klima für selbstbewusste, souveräne, freie Bürgerinnen und Bürger. Im politischen Raum scheinen Fragen nach einem zeitgemäßen normativen Entwurf für eine zukunftsfähige menschenwürdige Gesellschaft allerdings von gestern. Sie werden abgewehrt mit Verweis auf die Agenda 2010 oder die nächste Reform, zu der es ganz bestimmt keine politische Alternative gäbe, der aber gewiss weitere, in jedem Fall einschneidendere folgen werden.

Der Transformationsprozess in (Ost-)Deutschland ist noch lange nicht bewältigt. Der eingeschlagene politische Kurs ist allerdings kein Weg zur Überwindung des gesamtdeutschen Dilemmas. Wer die Rückgabe von Verantwortung an die Menschen will, zugleich aber einseitig die Markt- und Produktionslogik des Kapitals stärkt, bietet – das bestätigen die Wahlen in Ost und West – keine überzeugende, die Menschen mitnehmende Gesellschaftspolitik. „Eine gute Gesellschaftspolitik ist ohne gute Wirtschaftspolitik nicht zu haben“ (Müntefering). Wirtschaftspolitik ist für die Menschen allerdings erst dann gut, wenn sie ihnen Berechenbarkeit, Beteiligung und Menschenwürde erlaubt und wenn sie sie an den Chancen und Risiken gerecht beteiligt.

Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel lehrt Arbeits- und Geschlechtersoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin
e-mail: nickel@sowi.hu-berlin.de